

Die Lobbyismus-Strukturen würden unter einer Regierung Merkel gleich bleiben

Cerstin Gammelin und Götz Hamann haben gemeinsam ein neues Buch über den Lobbyismus in Deutschland geschrieben (Die Strippenzieher. Manager, Minister, Medien – wie Deutschland regiert wird, erschienen im Econ-Verlag). LobbyControl sprach mit Ihnen über die Trends im Lobbyismus, mögliche Veränderungen nach der Bundestagswahl und möglichen Maßnahmen für mehr Transparenz.

LobbyControl: Das Buch "Die Strippenzieher" zeichnet ein Panorama des Lobbyismus in Deutschland. Was sind die wichtigen Lobby-Trends?

Hamann: Seit die Bundesregierung nach Berlin umgezogen ist, sind neue Akteure im politischen Geschehen aufgetaucht. Das sind zum einen Rechtsanwaltskanzleien, die viel stärker als früher Gesetzestexte mitschreiben. Sowohl für Ministerien als auch für einzelne Konzerne..

Gammelin: ... und für Abgeordnete.

Hamann: Desweiteren sind es Unternehmen selbst. In Bonn waren sie seit 30, 40 Jahren mit einzelnen Repräsentanten vertreten. Jetzt haben sie große politische Abteilungen aufgebaut. VW hat z.B. mehr als 20 Mitarbeiter. Das geht einher mit einer Schwächung der großen Branchenverbände in vielen Bereichen. Die dritte neue Gruppe sind die freischaffenden Public-Affairs-Berater, also Lobbyisten, die von Fall zu Fall angeheuert werden, insbesondere von Mittelständlern, ausländischen Unternehmen oder manchmal auch ausländischen Staaten.

Gammelin: In Bonn 1972 hatten wir etwa 700 registrierte Lobbyisten und jetzt haben wir über 2000 Lobbygruppen, die jeweils mehrere Vertreter haben. Lobbying hat qualitativ und quantitativ zugenommen.

LobbyControl: Ihr Buch bezieht sich stark auf die bisherige rotgrüne Regierung. Welche Veränderungen würden Sie nach einem möglichen Regierungswechsel erwarten?

Gammelin: Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Strukturen des Lobbyismus über Jahre gewachsen sind. Die Strukturen würden unter einer Regierung Merkel gleich bleiben. Was sich ändern wird, sind einzelne Akteure. Einige ehemalige SPD-Leute sind in Konzerne gegangen, dort Leiter Politik geworden und nutzen ihre alten Verbindungen für die Konzerne.

Hamann: Da ist z.B. Reinhold Kopp bei VW oder Gert von der Groeben bei E.ON. Bei ihnen muss man abwarten, inwieweit sie den Regierungswechsel in ihren Positionen überstehen.

Gammelin: Manche Konzerne haben schon in den vergangenen Jahren einen Politikbearbeiter für die SPD und einen extra für die Union eingestellt haben. Das gilt zum Beispiel für Energie Baden-Württemberg (EnBW). Sie haben jetzt noch einen ehemaligen Grünen angeworben, so dass sie ziemlich breit aufgestellt sind.

LobbyControl: Einige Konzerne können also mit ihren Mitarbeitern weitermachen, andere müssten sich neue dazuholen.

Gammelin: Es kommt darauf an, wie die Unternehmen ihre Politikabteilung aufgebaut haben. Es gibt Konzerne wie RWE, da ist der Leiter nicht parteigebunden. Er ist sowohl bei der SPD vorstellig geworden als auch bei Frau Hasselfeldt, die als kommende Energie-Politikerin der Union gilt. E.ON dagegen hat eine klar SPD-ausgerichtete Politikabteilung. Das wird sich ändern. Dort gibt es einen neuen Lobbyisten, Klaus Werner, der wahrscheinlich für die Union zuständig sein wird.

LobbyControl: Woher würden unionsnahe Lobbyisten nach einem möglichen Regierungswechsel rekrutiert werden?

Hamann: Es gibt für jeden Posten, sei es Minister, Staatssekretär oder Sprecher der Fraktion, mehrere Kandidaten und Kandidatinnen. Diejenigen, die unterliegen, und vielleicht einzelne enttäuschte Landesminister bilden das Reservoir für die Spitzenlobbyisten der Konzerne.

LobbyControl: Sie sehen in dem Wechsel von Politikern in den Lobbyismus ein wichtiges Problem. Welche Gegenmaßnahmen schlagen Sie vor?

Gammelin: Zuerst müsste das Problem in den Köpfen der Verantwortlichen verankert werden. Bei den Recherchen haben wir gemerkt, dass oft überhaupt kein Problembewusstsein existiert. Das zweite wäre: Es gibt Gesetzesvorlagen, dass Ministern oder Staatssekretären eine Auszeit aufgebürdet wird, wenn sie als Lobbyisten in die Branche wechseln wollen, für die sie vorher zuständig waren. Beispielsweise zwei Jahre. Wenn sie dennoch wechseln wollen, was man es nach dem Grundgesetz nicht ganz verbieten kann, dann sollten sie auf ihre Pensionsansprüche verzichten. Das neue Parlament sollte diese Vorschläge diskutieren und Gesetzesinitiativen dazu starten.

Hamann: Was ebenfalls kein Problem wäre: Schon heute werden Gesetze und Gesetzentwürfe auf den Internetseiten der Ministerien dokumentiert. Es spricht nichts dagegen, – wie in den internen Vorlagen – die Fußnoten mit zu veröffentlichen, wo dann steht "Wörtlich RWE" oder auch "Wörtlich Greenpeace", "Wörtlich Transparency International". Das würde sehr zur Transparenz und Entmystifizierung von Lobbyismus beitragen kann.

LobbyControl: Auf europäische Ebene gibt es eine erste Debatte über stärkere Transparenzverpflichtungen der Lobbyisten, also Registrierungs- und Berichtspflichten wie in den USA. In Deutschland ist das ein schlafendes Thema. Wie kann man das Thema auf die politische Agenda bringen?

Gammelin: Das Problem ist, dass sehr viele in den vergangenen sieben Jahren – auch in den Ministerien – eng mit Lobbyisten zusammengearbeitet haben. Es muss erst mal das Problembewusstsein geschaffen werden, dass ein zu starker Einfluss dieser Interessenvertreter und ein intransparenter Einfluss gar nicht legitimiert ist.

Hamann: Bis diese Bewusstseinsänderung eintritt und jemand das Thema anfasst, werden noch einige Jahre und vier oder fünf Lobbykandale ins Land gehen müssen. Denn die informelle, vertrauensvolle und beinahe unkritische Zusammenarbeit vieler Ministerialbeamter und Minister entspricht durchaus dem Zeitgeist, der besagt, dass Politik nach ökonomischen Erfordernissen auszurichten sei. Die unkritische Haltung zu diesem Zeitgeist muss sich verändern. Dann wird man eine sehr viel nüchternere und letzten Endes für alle Seiten fruchtbarere Regelung des Lobbyismus finden.

LobbyControl: Allerdings ist es oft schwierig, politische Einflussnahme oder gar Lobbykandale zu recherchieren. Was waren die Herausforderungen für Sie?

Gammelin: Wir sind auf eine eisige Mauer des Schweigens gestoßen. Es nimmt keiner dazu Stellung, wie der Schreibtisch gewechselt wurde oder wie Gesetze von der Industrie geschrieben wurden. Wenn man zu sehr nachfragt, bekommt man gut gemeinte Warnungen, nicht das Glashaus einzuwerfen, in dem man sitzt. Da kommt man ins Stocken und überlegt kurz, ob man da überhaupt weitermacht. Dieser Umstand erklärt auch, dass viele Geschichten, auf die Journalisten stoßen, gar nicht veröffentlicht werden.

Hamann: Es gab unterschiedliche Stufen der "Bearbeitung", die wir erlebt haben. Stufe 1 ist, Sie bekommen freundliche Anrufe und werden zum Gespräch geladen. Auf Stufe 2 kriegen Sie den freundlichen Hinweis, nicht das Glashaus einzuschmeißen. Stufe 3 ist dann, dass zum Teil üble Nachrede betrieben wird, seit das Buch veröffentlicht ist.

Gammelin: Es gibt dann Dossiers über die Journalisten – also uns – und die werden gestreut. Einige Leute können sich nicht damit abfinden, dass Strukturen aufgedeckt werden, wie Netzwerke funktionieren und industrielle Vorhaben in der Politik durchgesetzt werden. Die Konzerne können damit viel lockerer umgehen als die Parteien. Die SPD hat ein Dossier veröffentlicht, weil sie sich falsch wiedergegeben fühlt.

Cerstin Gammelin ist Autorin und freie Journalistin u.a. für Die Zeit, Financial Times Deutschland und die unabhängige Fachzeitung Energie & Management. Götz Hamann ist Wirtschaftsredakteur bei der Zeit. Das Interview führte Ulrich Müller.